

Für das Primat der Politik über die Ökonomie

Daniel Buhr



Daniel Buhr



Robert Reich
Superkapitalismus.
Wie die Wirtschaft
unsere Demokratie
untergräbt. Aus dem
Englischen von
Jürgen Neubauer.
Campus,
Frankfurt/New York
2008. 326 S. ISBN
978 3593385679

In seinem Buch „Superkapitalismus“ fordert der ehemalige US-Arbeitsminister Robert Reich das Primat der Politik über die Ökonomie.

„Die kapitalistische Wirtschaftsordnung braucht diese rücksichtslose Hingabe an den Beruf des Geldverdienens“, hat Max Weber in seinem Werk „Die protestantische Ethik und der Geist des Kapitalismus“ geschrieben. Das war vor mehr als hundert Jahren. Heute, zu Beginn des 21. Jahrhunderts, hat diese Aussage nach wie vor Bestand. Genauso wie jene von John Maynard Keynes, wonach der Kapitalismus auf der „merkwürdigen Überzeugung“ basiere, „dass widerwärtige Menschen aus widerwärtigen Motiven“ für das allgemeine Wohl sorgen würden? Kapitalismus – eine funktionierende Wirtschaftsordnung, eine Ideologie, ein Kampfbegriff?

Betrachtet man es wertfrei und lexikalisch, dann wird unter Kapitalismus gemeinhin eine Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung verstanden, in der die Produktion und Verteilung von Gütern auf der Grundlage des Privateigentums an den Produktionsmitteln organisiert ist, der gegenseitige Austausch der Güter mittels Geld auf dem Markt, also dezentral und mit dem Ziel, Profit zu maximieren, erfolgt und der Staat nur von außen über die Medien Recht, Geld oder Überredung in den als privat abgesteckten Raum der Wirtschaft eingreifen kann.

So präzise die Definition, so unüberschaubar die real existierenden Ausprägungen. Die Taxonomien reichen vom angelsächsischen und rheinisch-nippnischen Kapitalismus über den Wettbewerbs-Kapitalismus bis zum Turbo-Kapitalismus. Der ehemalige US-amerikanische Arbeitsminister und aktive Wirtschaftsprofessor Robert Reich hat diesen Kapitalismen nun einen weiteren hinzugefügt – den „Superkapitalismus“. Dieser Superkapitalismus ist ein immer stärker werdendes Wirtschaftssystem, „in dem Verbraucher und Anleger immer mehr Macht haben und Arbeitnehmer und Bürger immer weniger“. (Reich 2008, S. 10)

Das Paradoxe: in der Regel sind wir nicht nur als Gesellschaft, sondern auch als Person eine Mixtur dieser vier unterschiedlichen Typen. Häufig sind wir sowohl Arbeitnehmer und Bürger als auch Verbraucher und Anleger. Wobei Reich

innerhalb dieser Schizophrenie eine Verschiebung hin zum Typus des Verbrauchers und Anlegers erkennt, was er in seinem mehr als 300 Seiten starken Buch mit zahlreichen empirischen Belegen unterstreicht. Seine Empirie beleuchtet zumeist die USA. Sie ist das Rolemodel des Superkapitalismus, wie er schon im ersten Satz seines Vorwort zur deutschen Ausgabe feststellt: „Ein Blick auf den Superkapitalismus der USA zu Beginn des 21. Jahrhunderts vermittelt [...] einen Eindruck davon, wie Deutschland in zehn Jahren aussehen wird.“ In den USA sei der Superkapitalismus zwar am weitesten entwickelt, doch der Rest der Welt hätte denselben Weg eingeschlagen. Das Resultat: Nie zuvor sei die Wirtschaft so mächtig gewesen wie heute. Sie expandiere, bemächtige sich der Politik – und gefährde so die Demokratie. Es ist seine Hauptthese und zugleich der vollständige (deutsche) Buchtitel: „Superkapitalismus – Wie die Wirtschaft unsere Demokratie untergräbt“.

Historisch anschaulich analysiert Reich am Beispiel der USA den Triumph des Kapitalismus und den gleichzeitigen Niedergang der Demokratie. Und erkennt damit ein Primat der Ökonomie über die Politik. Eine Entwicklung, die der Ökonom Reich durchaus kritisiert. Doch anders als viele andere prominente Globalisierungskritiker benennt der Autor andere Schuldige. Er zeigt mit seinem Finger nicht auf „gierige Unternehmer“ – sondern auf uns. Die Bürger. Die Anleger und Verbraucher. In diesen Rollen seien wir „beständig auf der Suche nach den besten Schnäppchen. Und als Bürger missfallen uns die Folgen dieser Schnäppchenjagd.“ (S. 120) Anknüpfend an Webers obige Aussage, argumentiert Reich, dass es daher auch unsinnig sei, eine soziale Verantwortung von Wirtschaft und Unternehmen einzufordern. Zumal Unternehmen keine Menschen sondern „legale Konstrukte und Geflechte von Verträgen“ seien.

Der Kapitalismus ist dazu da, Profit zu erzielen; aber er hat kein soziales Gewissen. Sein Ziel: den Kuchen zu vergrößern. Wie dieser Kuchen jedoch zwischen der Privatwirtschaft und der Allgemeinheit zu verteilen ist, das haben andere zu entscheiden. Diese Aufgabe kommt der Demokratie, kommt den politischen Akteuren zu. Sie müssen die Spielregeln definieren und ein Gemeinwohl organisieren. Und diese Spielregeln scheinen den Akteuren langsam zu entgleiten, erkennt Reich. Im Zuge dessen würden sowohl der US-amerikanische „demokratische Kapitalismus“ als auch die „soziale Marktwirtschaft“ deutschen Typus zum Auslaufmodell.

Diese Modelle zeichneten sich in ihrer Idealform durch staatliche Regulierungen und sozialpartnerschaftliche Absprachen (Flächentarifverträge und Mitbestimmung!) aus, mit dem Ziel die Kaufkraft zu erhalten – und das bei gleichzeitigem sozialem Ausgleich. Dieses Bemühen resultierte häufig in „nationalen Oligopolen“. Große Unternehmen, die sich den Markt aufteilten und nur moderat miteinander konkurrierten. Doch spätestens seit dem Fall der Mauer und mit der wachsenden Deregulierung – vor allem der Finanzwirtschaft – herrscht eine andere Form des Wettbewerbs. Der Superkapitalismus hat Einzug gehalten. Und mit seinem Aufstieg verloren die demokratischen Aspekte des Kapitalismus an Bedeutung. „Die Einrichtungen, die für formelle und informelle Umverteilung des Wohlstands, die Sicherung der Arbeitsplätze und Standortregionen sowie die Festlegung der egalitären Spielregeln zuständig waren, verloren immer mehr an Einfluss. [...] Heute bleibt Unternehmen keine andere Wahl, als erbar-

mungslos nach Profiten zu streben.“ (S. 73). Wie es dazu kam? Durch Globalisierung, technologische Paradigmenwechsel und Deregulierung.

Im Zeitalter des Superkapitalismus könnten Unternehmen nicht gesellschaftlich verantwortlich handeln, weil sie nur einen Auftrag hätten: den Profit zugunsten der Aktionäre zu maximieren. Eine Haltung, die von uns Verbrauchern generell gebilligt werde, weil niemand für ein Produkt mehr bezahlen wolle als nötig. Dieser Logik folgend, seien ethische Unternehmensziele daher reines Theater oder Marketing. Im Superkapitalismus würden Gesetze im Namen des Allgemeinwohls verabschiedet, „doch dahinter stehen die Sonderinteressen der Unternehmen und deren Lobbyisten, die sich für sie eingesetzt, und der Gesetzgeber, die für sie gestimmt haben. [...] Die breitere Öffentlichkeit ist nicht beteiligt. Die Stimmen der Bürger werden übertönt.“ (S. 270) So deutlich Reich hier argumentiert, so unmissverständlich ist das Gegenmittel, das er benennt: „Es gibt keine andere Möglichkeit, die gesellschaftlichen Verpflichtungen der Privatwirtschaft festzulegen, als durch den Prozess der politischen Willensbildung“ – also der allgemein verbindlichen Gesetzgebung. Es obliege der Politik – und damit uns Bürgern – das regellose Treiben in die gewünschten Bahnen zu lenken. Wie das geschehen soll, skizziert Reich in seinem sechsten, dem Schlusskapitel. Es trägt denn auch einen programmatischen Titel: „Ein Wegweiser für Bürger“. Er fordert darin unter anderem (1) eine Stärkung der Arbeitnehmerrechte (z.B. Unternehmen, die Gewinne machen, dürften nur eine bestimmte Anzahl Beschäftigter entlassen), (2) eine Stärkung der Arbeitslosenunterstützung, (3) einen Mindestlohn, der bei der Hälfte des landesüblichen Durchschnittslohns liegt, und der in Handelsverträgen festgeschrieben werden soll, (4) bezahlte Weiterbildungs- und Pflege-„Urlaube“, (5) besser bezahlte Lehrkräfte, aber auch (6) die Abschaffung der Besteuerung von Unternehmenseinkünften zugunsten von Dividendenzahlungen, (7) wirkungsvolle Umweltgesetze sowie (8) striktere internationale Menschenrechte. Robert Reich lässt sich sein Sammelsurium an Wünschen etwas kosten, schlägt aber auch und fairerweise ein – wenngleich vages – Finanzierungskonzept vor: ein progressives Steuersystem mit einer Entkopplung der Krankenversicherung von den Löhnen. Seine Forderungen erinnern eigentlich sehr stark an viele Errungenschaften der sozialen Marktwirtschaft und bedeuten damit womöglich eher eine Umkehr zu Bewährtem als einen Aufbruch ins Neue? Wie dem auch sei – über allem steht die Hoffnung, „dass die Demokratie vor dem Übergriff des Superkapitalismus geschützt werden kann.“ (S. 275) Seine These: wir wollten und würden ja etwas ändern, wenn es alle täten.

„Eine lebendige Demokratie und ein lebendiger Kapitalismus können durchaus nebeneinander existieren. Um dies zu erreichen, müssen wir diese beiden Sphären jedoch streng auseinanderhalten. Der Zweck der Demokratie besteht darin, gemeinsam Ziele zu erreichen, die wir als Einzelpersonen nicht erreichen. [...] Wir sind zugleich Bürger, die das Recht und die Pflicht haben, an einer Demokratie teilzunehmen. So haben wir es in der Hand, die Kosten für die Gesellschaft zu verringern und damit die wahren Kosten für unsere Güter und Dienstleistungen so weit wie möglich zu senken. Dies erreichen wir nur, wenn wir unsere Pflichten als Bürger ernst nehmen und unsere Demokratie schützen. Der erste und oft schwerste Schritt besteht darin, klar zu denken.“ Mit diesem Appell schließt Robert Reich sein Buch.

Es ist ein lesenwertes Buch. Auch, wenn die Daten, Befunde und Erkenntnisse, die Robert Reich zusammenträgt, keineswegs neu sind. Auch, wenn er mehr Fragen stellt, als Antworten zu geben – die Lektüre seines Buchs lohnt sich. Weil es, gerade dank seiner klaren Sprache, zum Nachdenken anregt und den Machtkampf zugunsten des Bürgers in uns verschieben kann. Und damit vielleicht auch die Beziehung von Politik und Ökonomie neu justiert.